

Bildungsort Kommune – Lernen für Demokratie und Zivilgesellschaft

Martina Bechtle

Nicht privilegierte Gruppen sind oft die Dispositionsmasse der Politik, je nachdem wieviel Wertigkeit den jeweiligen Lebensumständen und Unterstützungsangeboten dieser Gruppen beigemessen wird. Wir nehmen dies hin, auch wenn wir auf Grund rechtlicher und ethischer Übereinkünfte an bestimmte Wertemaßstäbe gebunden sind. Kinder haben kein Geld, sie können nicht wählen, und sie haben nur sehr wenig Erfahrung mit der Welt. Dadurch haben sie so gut wie keine politische oder wirtschaftliche Macht. Aber sie stellen einen wichtigen Teil der Gesellschaft dar, sie sind u.a. auch die politischen Akteure der nächsten Jahrzehnte.

Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen fördern

Was brauchen Kinder und Jugendliche, um Demokratie leben und auch »aushalten« zu können? Welche Kompetenzen sind hierfür notwendig? Wie können diese Kompetenzen in der frühkindlichen, der schulischen und außerschulischen Bildung gezielt vermittelt werden? Demokratie setzt voraus, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich mit ihr identifiziert. Hier setzt die politische Bildung an, oftmals bleibt sie aber auf Faktenwissen beschränkt und vernachlässigt die mindestens ebenso wichtigen sozialen Kompetenzen – wie auch die politische Realität der Entscheidungs- und Gestaltungsebenen.

Wie kann politische Bildung also Zugänge gestalten, durch die ein junger Mensch die Komplexität der Zusammenhänge nicht nur kognitiv erfasst, sondern lebensnah und unmittelbar – ihn/sie selbst betreffend – erfährt? Wo ist dieses Lern- und Aktionsfeld für aufwachsende Menschen in unserer Gesellschaft gegeben oder für sie zu bereiten? Wo sind die Aushandlungs- und Diskussionsräume, aber auch Gelegenheiten, Verantwortung zu lernen und mit zu übernehmen? Wir wollen hier konkrete Handlungsfelder der kommunalen Ebene in den Blick nehmen und damit auch die Ebene der Kommunalpolitik. Dabei fokussieren wir uns auf das Konzept der »Community Education« und beschreiben praktische Ansätze, wie diese in der Kinderbeteiligung konkret umgesetzt werden können.

Die Schule ist Teil des Gemeinwesens

Die Schule als Bildungsinstitution vor Ort gibt – auf der Grundlage der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK) [\(1\)](#) – die anzustrebenden Kompetenzen der heranwachsenden Menschen vor. Bereits im Sachunterricht der Grundschule bieten sich viele Ansatzpunkte für eine Demokratiepädagogik, die politisches Wissen vermittelt und übergreifendes Querschnittsthema aller Fächer ist. Der gemeinsame Umgang miteinander sollen zur Werteerziehung beitragen. Neben dem Unterricht wirken hier auch Schulsozialarbeiter/innen und Ganztagsbetreuungskräfte mit. Die Schule ist der Ort, der alle Kinder erreicht und den Ausgangspunkt für die Kooperation in das Gemeinwesen hinein bildet.

Welche Kompetenzen sollen Kinder und Jugendliche dabei erlernen?

Eine persönliche Frage vorweg

Wo haben Sie im Laufe Ihres Lernens eine positive Identifikation mit demokratischen Grundwerten und Handlungsweisen erfahren, gelingend wahrgenommen und für sich einsetzen können?

Eine anspruchsvolle To-Do-Liste

- **Konfliktfähigkeit** bedeutet Impulskontrolle und Kommunikation im Rahmen einer konstruktiven Streitkultur: die Fähigkeit zum Konflikt schließt auch das selbstbewusste Vertreten eigener Ansichten mit ein.
- **Konsensfähigkeit** durch Dialog heißt auch, Mehrheitsentscheidungen über Minderheitenentscheidungen stellen zu können
- **Soziale Fähigkeiten** zu entwickeln bedeutet, mit Empathie, Respekt und Toleranz den Umgang im Miteinander zu erlernen wie auch den Umgang mit Vielfalt und mit der natürlichen Umwelt. Zugleich bedeutet es, sich gegen ausgrenzendes Handeln stellen zu können. Dazu gehört, interkulturelle, inklusive und umwelterhaltende Kompetenzen zu erwerben.
- **Urteilsfähigkeit** bedeutet, sich eigenständig ein tragfähiges Urteil bilden zu können.
- Die **Fähigkeit zur Meinungsbildung** heißt, auf der Grundlage von Informationen und Reflexionen zu einer fundierten eigenen Meinung zu kommen, aus der auch Entscheidungen resultieren können. Dies setzt voraus, Entscheidungen vertreten und andere Meinungen tolerieren und aushalten zu können.

In die Rolle des/der gestaltenden Bürger/in hineinzuwachsen bedeutet, wertebasiert – auf der Grundlage der demokratischen Grundordnung – Wissen zu nutzen und Verantwortung zu übernehmen.

Unterstützungssysteme und außerschulische Partner

Eine demokratische Schule zeichnet sich durch ihre Offenheit für ihr unmittelbares sowie ihr allgemeines gesellschaftliches Umfeld aus. Die Kultusministerkonferenz ([2](#)) bekennt sich daher:

- zur Unterstützung der Schulen bei der Umsetzung demokratiepädagogischer Inhalte und Methoden, auch in den schulinternen Curricula,
- zur Unterstützung der Entwicklung einer demokratischen Schul- und Unterrichtskultur als Kriterium der Schul- und Unterrichtsqualität,
- zur Bereitstellung und Stärkung von Unterstützungsangeboten für Schulen sowie zur Ermutigung der Schulen, auch die Unterstützungsangebote der engagierten zivilgesellschaftlichen Akteure wahrzunehmen
- sowie zur Unterstützung von bundesweiten oder länderübergreifenden sowie internationalen Programmen zur Stärkung des Engagements von Schülerinnen und Schülern.

Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, ihre Rolle als Bürger/innen in der Demokratie wahrzunehmen. Demokratische Kultur muss im Alltag selbstwirksam und wertschätzend erfahrbar sein.

Der Erwerb demokratischer Kompetenzen gelingt, wenn junge Menschen in entsprechenden Lern- und Lebenssituationen Erfahrungen machen können. Kinderbeteiligung bereichert – durch die Verbindung mit der konkreten Kommunalpolitik – den Sachkundeunterricht. Die Beteiligung kann zu einem lebensweltbezogenen

politischen Interesse am Gemeinwohl führen und Lern- und Lebenssituationen eröffnen, in denen sich demokratisches Verhalten lernen lässt.

Die Kommunalpolitik ist im Vergleich zur Politik auf Landes- und Bundesebene für Bürgerinnen und Bürger und damit auch für Kinder und Jugendliche eine relativ leicht zugängliche Ebene des politischen Systems. Hier kann politische Partizipation gelernt, praktiziert und erfahren werden. Die Gemeinde ist somit der politische Nahbereich, in den Menschen sich aktiv einbringen können.

Kommunen, also Städte, Gemeinden und Kreise, haben eine elementare Bedeutung für das Leben ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Durch die Art, wie sie ihren Anforderungen gerecht werden, beeinflussen sie weit mehr als nur die kommunale Entwicklung. Sie tragen dazu bei, dass es insgesamt eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft geben kann. Somit tragen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eine große Verantwortung. Und hierbei können sie sich durch die Perspektiven der Einwohner/innen Unterstützung und Einschätzungen holen. Die Kommunalpolitik lebt und wirkt durch alle Menschen, die in einer Kommune leben oder sich dort aufhalten.

Der wirtschaftliche und soziale Strukturwandel, die demografische Entwicklung, Finanzierungsquellen, die Integration von geflüchteten Menschen sind Aufgaben, die kommunal zu bewältigen sind. In Abhängigkeit von den strukturellen und finanziellen Voraussetzungen einer Kommune gelingt dies mal mehr, mal weniger gut. Die kommunale Entwicklung ist aber vor allem geprägt von einem starken zivilgesellschaftlichen Miteinander der Einwohnerinnen und Einwohner, von Bürgerinitiativen, Parteien und Vereinen, Verbänden und der örtlichen Wirtschaft. Wenn alle miteinander bereit sind, sich zu engagieren, dann kann viel gelingen. Und hierzu gehören auch die Kinder und Jugendlichen, die in dieser Kommune leben.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, politische Bildung, die Kommune und die Kinder- und Jugendbeteiligung zusammen zu denken und diese auch so zu praktizieren. Wie können politische Bildung, Beteiligung und Dialog also miteinander verknüpft werden?

Die Kommune als Bildungs-, Lern- und Erfahrungsraum

Die gesamte Kommune ist als Bildungsraum zu sehen

Die Kommune ist ein Bildungs-, Lern- und Erfahrungsraum. Hier ist Schule (formales Lernen) nur ein Ort der Bildung. Daneben sind auch die Träger der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung und der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit (non-formales Lernen) aktiv.

Fachkräfte sensibilisieren und schulen – auch sie sind Bürger/innen einer Kommune

Für die handelnden Akteur/innen im Gemeinwesen, in der Schule und der (kommunalen) Kinder- und Jugendarbeit ist die Politik am Ort oft ein Buch mit sieben Siegeln. Häufig erleben wir, dass diejenigen, die Kinder und Jugendliche bilden oder mit ihnen zusammenarbeiten, eine gewisse Distanz zur Politik haben. Eigene Erfahrungen und Haltungen überlagern den politischen Bildungsauftrag, die Bildungsarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit. Oder der Lebensort, die Gemeinde oder Stadt, wird zunächst nicht als ›politischer‹ Raum erfahren und gesehen.

Der ›Lernraum Kommune‹ mit seinen vielen Möglichkeiten lässt sich bereits in der Grundschule gut für die politische Bildung nutzen. Die kommunalen Facetten ermöglichen das Erleben und Erlernen einer demokratischen

Kultur und den Einsatz für das Gemeinwohl. Das Selbstwirksamkeitsgefühl wird gestärkt durch Gelegenheiten, etwas Sichtbares zu bewirken.

Hier eine kleine Auflistung

- Dialog-Räume öffnen in der Schule (Schulversammlung, Klassenrat, Diskussionswettbewerbe), im Verein, in der Kinder- und Jugendarbeit
- Lerngelegenheiten organisieren mit Verwaltung, engagierten Bürger/innen, Unternehmen
- Außerschulischer Lernorte besuchen (z.B. Ratssaal, Bürgermeister)
- An kommunalen Planungsveranstaltungen teilnehmen (z.B. konkrete Planungsprojekte, Workshops)
- Freiräume für eigene Projekte nutzen (z.B. zu Wahlen, Gemeindeentwicklungsprozessen)
- Gesellschaftliches Engagement fördern (z.B. Beteiligung an Umweltaktionen, Inklusionsprojekten)
- Aktiv ein positives Klima gegen Diskriminierung gestalten in Schule, Verein, Gemeinde

Wie erfahren Kinder und Jugendliche aber hautnah, was politische Entscheidungen für die Entwicklungsprozesse ihrer Gemeinde/Stadt, und für ihren Lebensraum bedeuten? Wie werden sie befähigt, dabei ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu erkennen und zu erproben?

Wir wollen all denen, die hier mit Skepsis auf die Politik schauen, unsere Perspektive auf die Kommunalpolitik näherbringen und grundlegende Einflussmöglichkeiten im Rahmen der Strukturen aufzeigen. Denn im Grunde ist die Kommunalpolitik liebenswert.

Die Kommune als politischen Raum entdecken

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein politisches und strukturelles Grundprinzip unseres demokratischen Systems. Kommunale Selbstverwaltung heißt zunächst ganz allgemein, dass die Gemeinden alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (die Kreise entsprechend die der überörtlichen Gemeinschaft) in eigener Verantwortung regeln. Selbstverwaltung im politischen Sinne bedeutet dabei auch die bürgerschaftliche Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben in Gemeinde oder Kreis.

Wenn auch Kinder ihren Lebensort als politischen Raum entdecken, trifft die immer wieder von Erwachsenen formulierte Aussage zu, dass es in diesem Politikfeld große Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt.

Wenn diese Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen erkannt und von Erwachsenen zugelassen werden, dann beschäftigt sich die junge Generation häufig mit den folgenden Fragen:

- Wer entscheidet auf kommunaler Ebene, und wie erreichen Kinder ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten?
- Welche Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse hat die Zivilgesellschaft – gemeint sind alle Generationen?
- Welche Rechte und Möglichkeiten haben Bürgerinnen und Bürger, in der repräsentativen Demokratie an Entscheidungen mitzuwirken?

Hinweis

Der vorliegende Beitrag ist folgender Publikation entnommen:

Stiftung Mitarbeit (Hrsg.): Kinderbeteiligung vor Ort. Kinder gestalten Dorf und Stadt. Beiträge zur Demokratieentwicklung Nr. 33, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2025, 344 S., ISBN 978-3-941143-54-8, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de.

Anmerkungen

- (1) vgl. Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der KMK vom 11. Oktober 2018.
- (2) siehe Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2018).

Literatur

Baumgardt, Iris/ Lange, Dirk (2022): Young Citizenship – Handbuch politische Bildung in der Grundschule. Herausgeber/-innen: Bd. 10777.

Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der KMK vom 11. Oktober 2018.

Autorin

Martina Bechtle, Diplom-Soz.-Arb. (FH), ist selbständig in der Beratung von Prozessen der Kinder- und Jugendbeteiligung tätig.

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de